



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

35. hét

2019.08.26.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Am 24. August begann der offizielle Wahlkampf für die Kommunalwahlen im Herbst:*

Am vergangenen Samstag begann der offizielle Wahlkampf für die Kommunalwahlen und die Wahlen der nationalen Minderheiten. Die Kandidaten konnten ihre Empfehlungsbögen entgegennehmen, auf denen Wähler Empfehlungen abgeben können, wer letztlich auf dem Wahlzettel erscheinen wird. Die linke Opposition sorgte einmal mehr mit internen Streitigkeiten für Schlagzeilen, während sich hinter Gergely Karácsony nun auch der Kandidat der Liberalen Partei, Ádám Sermer, einreihete, der die Liberalisierung leichter Drogen fordert.

Wirtschaftspolitik – *Die Staatsschulden sinken systematisch:*

Ende Juni 2019 fielen die Staatsschulden anteilig zum BIP unter sieben Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit elf Jahren. Auf den Vergleichswert vom Herbst 2008 folgte die Aufnahme des IWF-Rettungspakets, das unumgänglich wurde, um die Folgen einer gescheiterten Wirtschaftspolitik und der Weltwirtschaftskrise abzuwehren. Die aktuelle Schuldenentwicklung wird erheblich durch die ausgezeichnete Leistung der einheimischen Wirtschaft begünstigt, so dass die Schuldenrate bis zum Jahresende unter 67 Prozent und nach 2021 unter sechzig Prozent fallen dürfte.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Angela Merkel traf sich in Sopron mit Viktor Orbán:*

Die deutsche Bundeskanzlerin besuchte Ungarn, um gemeinsam mit Ministerpräsident Viktor Orbán das dreißigste Jubiläum des „Paneuropäischen Picknicks“ zu feiern. Die bundesdeutsche Politik sieht bis zum heutigen Tage im Einreißen des Eisernen Vorhangs durch Ungarn den ersten Schritt auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Angela Merkel äußerte sich erstaunlich positiv zur ungarischen Wirtschaftspolitik und bedachte Ungarn keiner Kritiken. Ganz im Gegenteil lobte die Bundeskanzlerin die beispielhafte Verwendung der Gelder aus den Kohäsionsfonds, womit sie indirekt einer althergebrachten Kritik der einheimischen Opposition den Boden unter den Füßen entzog.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

AM 24. AUGUST BEGANN DER OFFIZIELLE KOMMUNALWAHLKAMPF

Am vergangenen Samstag begann der offizielle Wahlkampf für die Kommunalwahlen und die Wahlen der nationalen Minderheiten. Die Kandidaten konnten ihre Empfehlungsbögen entgegennehmen, auf denen Wähler Empfehlungen abgeben können, wer letztlich auf dem Wahlzettel erscheinen wird. Die linke Opposition sorgte einmal mehr mit internen Streitigkeiten für Schlagzeilen, während sich hinter Gergely Karácsony nun auch der Kandidat der Liberalen Partei, **Ádám Sermer**, einreihete, der die **Liberalisierung leichter Drogen fordert**.

Die einheimischen Kommunalwahlen spielen sich auf drei größeren Ebenen ab: In Budapest und seinen Stadtbezirken, in den Komitatshauptstädten sowie in den kleineren Städten und Gemeinden, ergänzt um die Wahlen der Komitatsversammlungen. Bekanntlich kann für Listen der Komitatsversammlungen nur außerhalb von Budapest und der Komitatshauptstädte gestimmt werden. Darüber hinaus werden am 13. Oktober auch die Minderheitenverwaltungen gewählt. Das Nationale Wahlbüro (NVI) begann vor anderthalb Wochen mit dem Verschicken persönlicher Wahlinformationen an die Bürger auf dem Postwege. Darin wurde mitgeteilt, ob die betreffende Person im Namensverzeichnis zur Wahl der Gemeindevertreter und Bürgermeister aufgeführt ist, und in welchem Wahlkreis sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen kann. Die Postzustellung dieser Mitteilungsblätter an alle 8 Millionen Wähler wurde bis zum 23. August abgeschlossen. In Budapest hat **Ádám Sermer** seine Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt zurückgezogen, der bei den Wahlen Gergely Karácsony unterstützen wird. Auf diese Weise erhält Gergely Karácsony Unterstützung von Seiten eines Politikers, der sich für die Drogenliberalisierung ausspricht, also leichte Drogen legalisieren würde. Das aber dürfte die konservativen, älteren Wähler der Linken abschrecken, dem gemeinsamen Spitzenkandidaten der linken Opposition ihre Stimme zu geben. Auch in Szolnok setzt sich das Spießrutenlaufen der Opposition fort. Der örtliche MSZP-Chef Mihály Gyórfi und der örtliche Jobbik-Chef György Galló haben Katalin Lukácsi bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Gegenstand ist die Frage, welche Gruppierung sich „Mehrheit in Szolnok“ nennen dürfe – im Ergebnis zog die durch Péter Márki-Zay unterstützte Katalin Lukácsi ihre Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters zurück. Diese Streitigkeiten und Rücktritte lassen vermuten, dass die Einflussnahme durch Márki-Zay auf Landesebene nicht die hohen Erwartungen erfüllen konnte. Das

wird durch Informationen bekräftigt, wonach ihre Anhänger reihenweise die Bewegung „Ein Ungarn für alle“ (MMM) verlassen, so wie zuletzt beispielsweise der frühere Ombudsmann, Jenő Kaltenbach.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE STAATSSCHULDEN SINKEN GEMESSEN AM BIP SYSTEMATISCH

Im ersten Halbjahr 2019 sind die Staatsschulden unter siebzig Prozent am BIP gefallen, womit der beste Wert der letzten elf Jahre gelang. Die konsolidierten Bruttostaatsschulden dürften am Ende des zweiten Quartals bei 67 Prozent am BIP angelangt sein.

Die Ungarische Nationalbank (MNB) teilte am vergangenen Mittwoch mit, dass sich die konsolidierten Bruttostaatsschulden Ende Juni auf 29.519 Milliarden Forint oder 67,0 Prozent am BIP beliefen. Unter Berücksichtigung der Eximbank-Schulden fielen die sogenannten Maastricht-Schulden um 1,7 Prozentpunkte höher aus, die somit 68,7 Prozent am BIP erreichten. Das ist dennoch der niedrigste Wert seit dem dritten Quartal 2008 und sind im Vergleich zum Jahresende 2019 wieder 2,1 Prozentpunkte weniger, gemessen am Vergleichswert aus dem Vorjahr sogar 5,3 Prozentpunkte weniger. All das ist dem Umstand zu verdanken, dass die Wirtschaft beeindruckend um mehr als 4 Prozent wachsen konnte, während das Haushaltsdefizit zur gleichen Zeit unter 2 Prozent gehalten wurde. Der Erfolg der neuen Staatsanleihe MÁP+ trägt dazu bei, dass die in Devisen denominierten Schulden laufend abnehmen.

Das ist deshalb vorteilhaft, weil die verbleibenden Staatsschulden auf diese Weise immer weniger den Schwankungen im Forint-Wechselkurs ausgesetzt sind. Bei der Betrachtung der Vergleichszahlen der früheren Regierungen zeigt sich, dass die ungarischen Staatsschulden von 53 Prozent am BIP aus dem Jahre 2002 bis 2010 auf 83 Prozent kletterten (oder nominal von 8.000 auf 20.000 Milliarden Forint).

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

BESUCH VON ANGELA MERKEL IN SOPRON

Viktor Orbán und Angela Merkel trafen sich in Sopron, um gemeinsam das dreißigste Jubiläum des „Paneuropäischen Picknicks“ zu begehen. Im Anschluss an den Ökumenischen Gottesdienst führten die beiden Politiker eine Unterredung zu politischen und wirtschaftlichen Fragen, die in einer ausgesprochen guten Atmosphäre verlief.

Lange Zeit war unsicher, ob die deutsche Bundeskanzlerin die Einladung des ungarischen Ministerpräsidenten überhaupt annehmen wird, weil sie mit negativen Schlagzeilen in Deutschland rechnen musste. Die deutschen Leitmedien attackieren regelmäßig Entscheidungen der ungarischen Politik und die ablehnende Haltung zur Migration, weshalb der Besuch gewisse politische Gefahren für Merkel bereithielt. Die Bundeskanzlerin wurde allein von ihrem Regierungssprecher begleitet, und deutsche Nachrichtenagenturen betonten, es handle sich lediglich um einen kurzen Besuch von nur 4,5 Stunden. Die Bundeskanzlerin fand überraschend angenehme und persönliche Worte für die deutsch-ungarischen Beziehungen, die durch die Grenzöffnung vor dreißig Jahren geprägt wurden. Die deutsche Politik ist bis heute der Ansicht, das Einreißen des ungarischen „Eisernen Vorhangs“ war der erste Schritt zur deutschen Wiedervereinigung. Das kam bei gewissen Formulierungen eindeutig zum Vorschein: „Sie wissen nur zu gut, dass es mitunter zu langatmigen Verhandlungen im Europäischen Rat kommt. Wir verbringen viele lange Stunden, um Lösungen zu suchen, wobei sich unser Vertrauen, Lösungen zu finden, daraus speist, was ich persönlich damals 1989 und 1990 durchleben konnte. Mich persönlich hat diese Zeit auf jeden Fall stark geprägt, großen Eindruck auf mich gemacht, aus dieser Zeit nehme ich meine Energie, meinen Schwung und Willen, um auch heute wieder Dinge zu verändern, was tatsächlich durch die damaligen Ereignisse bis zum heutigen Tage gespeist wird.“

Selbst deutsche Leitmedien wie „Die Welt“ schrieben, dass Frau Merkel die Politik von Viktor Orbán in keiner Weise mit Kritiken bedachte. Wie die Zeitung betonte, gab es sogar in der Frage des Grenzschutzes eine Einheit zwischen den beiden Politikern. Die deutsche Bundeskanzlerin stellte klar: „Der Grenzschutz ist wichtig, und genauso von Bedeutung ist es, den Ursprungsländern der Migration zu helfen.“ Frau Merkel möchte künftig ein stärkeres Gewicht auf gemeinsame wissenschaftliche Forschungen, eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und die militärische Zusammenarbeit

legen. In den ungarischen Medien wurde herausgestrichen, dass Angela Merkel zugleich die beispielhafte Verwendung der Kohäsionsgelder durch Ungarn lobte. „Unsere bilateralen Beziehungen sind gut“, fasste Angela Merkel zusammen. „Wir haben zwar noch Differenzen in der Migrationsfrage, die wir jedoch mit dem starken Rückenwind unserer guten Beziehungen freundschaftlich besprechen können.“ Viktor Orbán lobte ebenfalls die herausragenden Wirtschaftsbeziehungen und stellte weitere Waffenkäufe in Aussicht. Der Ministerpräsident sagte: „Wir sehen keine Entwicklungen, die die ungarisch-deutschen Beziehungen stören könnten, während es andersherum Faktoren gibt, die eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit herbeiführen dürften.“ Er hob hervor, dass wirtschaftliche Belange im Mittelpunkt der Gespräche standen, nachdem Deutschland der erstrangige Handelspartner Ungarns und größte Investor im Lande ist.

Die Erklärungen der beiden Politiker zeigen eindeutig, dass die durch die Einwanderungskrise verursachten politischen Spannungen nachlassen. Das ist neben den herausragenden wirtschaftlichen Beziehungen dem Umstand zuzuschreiben, dass Ungarn die Kandidatur von Ursula von der Leyen für die Wahl an die Spitze der Europäischen Kommission unterstützte. Denn mit dieser Haltung gelang es, die politische Geschlossenheit der Gemeinschaft zu wahren, nachdem das System der Spitzenkandidaten gescheitert war. Auch Angela Merkel tritt für eine EU-Erweiterung um Länder des Balkans ein, was einen weiteren gemeinsamen Ansatz in der deutsch-ungarischen Politik darstellt.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE VERANSTALTUNGEN UM DEN 20. AUGUST WAREN ERFOLGREICH

An den dreitägigen Veranstaltungen rund um den Nationalfeiertag vom 20. August in der Hauptstadt nahmen viele Zehntausende teil, was schon an sich den Erfolg der Veranstaltungen zeigt. Das abschließende Feuerwerk erlebten schätzungsweise siebenhunderttausend Menschen an verschiedenen Budapester Schauplätzen. Der für die sichere Abwicklung der Feierlichkeiten zuständige Operativstab meldete auf der Grundlage der während seines mehr als 15-stündigen Agierens eingegangenen Informationen, dass sämtliche Programme sicher und erfolgreich sowie planmäßig absolviert wurden. Bis 22.30 Uhr am Dienstagabend sicherte die Polizei bei landesweit 408 Veranstaltungen deren friedliche Abwicklung zu. Darunter fanden sich 311 staatliche bzw.

kommunale sowie 86 kulturelle Veranstaltungen, 3 Veranstaltungen, die unter das Versammlungsrecht fallen, sowie 8 Veranstaltungen anderen Charakters. Die Polizei half 7 Personen im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Sicherung der Feierlichkeiten. Gegen 8 andere Personen wurden polizeiliche Zwangsmaßnahmen eingeleitet.

PROGNOSE

- **Nicht nur wegen der Kommunalwahlen dürfte der Herbst 2019 spannend werden. So wird unter anderem ein Fidesz-Parteitag stattfinden, wählt das Parlament einen Verfassungsrichter, wie auch die Mandate der Mitglieder des Kuratoriums der Mitteleuropäischen Presse- und Medienstiftung (KESMA) sowie des Generalstaatsanwalts ablaufen.**

Auf dem Parteitag des Fidesz Ende September ist mit keinen dramatischen Veränderungen zu rechnen. Wie Lajos Kósa andeutete, wird lediglich eine Neubesetzung von Ämtern gemäß Parteistatuten vorgenommen. Auf dem letzten Parteitag 2017 wurde Viktor Orbán einstimmig, mit 1.358 Stimmen der Delegierten in seiner Position als Parteivorsitzender bestätigt. Zu Stellvertretenden Vorsitzenden wurden damals Katalin Novák, Gergely Gulyás, Gábor Kubatov und Szilárd Németh gewählt. Am 22. Juli endete das Mandat von István Stumpf als Verfassungsrichter; dessen Verlängerung bzw. nach einem wahrscheinlicheren Szenario die Wahl eines neuen Verfassungsrichters könnte eine der ersten Entscheidungen des Parlaments im Anschluss an die Kommunalwahlen sein. Im Dezember läuft zudem das Mandat von Generalstaatsanwalt Péter Polt ab; in seinem Fall ist eher eine Verlängerung wahrscheinlich. Das Mandat der Mitglieder des KESMA-Kuratoriums läuft Ende August ab. In Oppositionsmedien waren Gerüchte von einem Umbau des Gremiums zu vernehmen, die jedoch aus dem Regierungslager nicht bekräftigt wurden. Selbst wenn es Veränderungen geben sollte, werden diese im Vorfeld der Kommunalwahlen ganz sicher nicht mehr vollzogen.